

Resolution

Vorsorgeprinzip erhalten – Standards schützen – CETA und TTIP stoppen

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA und das Dienstleistungsabkommen TiSA werden für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen, für das Handwerk, den Mittelstand und die Landwirtschaft weitreichende Auswirkungen haben. Die Abkommen bedrohen unter anderem unsere Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz.

Insbesondere das in Deutschland verankerte Vorsorgeprinzip und die damit verbundenen Schutzstandards und Zulassungsverfahren, die unsere Bürger wirksam vor Risiken schützen, drohen ausgehebelt zu werden. Die im Vorsorgeprinzip enthaltene Schutzpflicht des Staates wird zusätzlich durch den in den Abkommen enthaltenen Investitionsschutz und das Klagerecht von Investoren untergraben. Zudem beinhalten die Abkommen unklare Regelungen und Formulierungen in den die kommunale Daseinsvorsorge betreffenden Bereichen und öffnen damit Hintertüren für deren Liberalisierung.

Für uns Freie Wähler sind das Vorsorgeprinzip und hohe Schutzstandards unverrückbarer Bestandteil unserer Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik in Bayern, Deutschland und Europa. Darüber hinaus stehen wir für die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Sicherung der öffentlichen Dienstleistungen im Zuständigkeitsbereich der Länder und Kommunen.

Wir FREIE WÄHLER Bayern fordern daher:

- das Festhalten am gesetzlich verankerten Vorsorgeprinzip,
- Forderungen von Drittstaaten, die auf Zugeständnisse im Bereich unseres Vorsorgeprinzips abzielen, zurückzuweisen,
- Abkommen, die das Vorsorgeprinzip in Europa aufweichen oder in Frage stellen, abzulehnen,

- die Sicherung unserer europäischen Schutzstandards,
- den Erhalt der demokratischen Kontrolle durch die Parlamente bei der Anerkennung von Verbraucher- und Umweltschutzstandards und Schutzniveaus sowie bei Fragen des Zugangs zu sensiblen Markt Bereichen wie bspw. der Biotechnologie,
- die Verankerung der Ablehnung der Agrogentechnik durch die europäischen Vertragspartner in den Abkommen,

- einen vollumfänglichen Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Abkommen,
- eindeutig formulierte und differenzierte Regelungen zur Daseinsvorsorge in den Abkommen,
- Abkommen, die auf die Liberalisierung der Daseinsvorsorge abzielen, abzulehnen.

Da die Handelsabkommen CETA und TTIP unter anderem beim Vorsorgeprinzip große Gefahren für bewährte Standards beinhalten, müssen diese Abkommen verhindert werden.